

Ferienprogramm im  
Stadtmuseum

Mit zwei verschiedenen Aktionen beteiligt sich das Stadtmuseum (Theodor-Zink-Museum | Wadgasserhof) am diesjährigen Sommerferienprogramm der Stadt Kaiserslautern. Bei den beiden Workshops zum Thema „Handwerk“ wird dessen historische Entwicklung anhand von Museumsobjekten kurz erläutert, bevor es selbst ans Ausprobieren geht. Diese finden am Donnerstag, 23. Juli, und Freitag, 24. Juli, jeweils von 14.30 bis 16.30 Uhr statt. Mitmachen können alle Kinder von acht bis zwölf Jahren, der Unkostenbeitrag beträgt acht Euro. Da sich die Teilnehmerzahl auf zehn Personen beschränkt, ist zuvor eine verbindliche Anmeldung unter [museum@kaiserslautern.de](mailto:museum@kaiserslautern.de) erforderlich.

Sportlich wird es bei der „Fritz-Walter-Torjagd“, die im Juli an jedem Mittwoch und Freitag von jeweils 10 bis 12 Uhr zu erleben ist. Im Hof des Wadgasserhofes gibt es, selbstverständlich mit dem derzeit geforderten Hygieneabstand, ein Zielschießen auf die Jubiläumstornwand. Dabei sind Geschichten über die Kaiserslauterner Fußball-Legende Fritz Walter zu hören sowie ein kleines Quiz zu lösen. Um Anmeldung unter [museum@kaiserslautern.de](mailto:museum@kaiserslautern.de) wird ebenfalls gebeten. Die Teilnahme für die Kinder und Jugendlichen im Alter von sechs bis 18 Jahren ist kostenlos. |ps

Wertstoffhof:  
Öffnungszeiten  
angepasst

Die Stadtbildpflege Kaiserslautern reagiert auf die weiterhin hohe Zahl an Anlieferungen auf dem Wertstoffhof in der Daennerstraße 17 und passt die Öffnungszeiten an. Ab dem 20. Juli können dort von Montag bis Samstag Abfälle abgegeben werden.

Darüber hinaus haben Bürgerinnen und Bürger aus Kaiserslautern die Möglichkeit, ihre Abfälle wieder auf dem Wertstoffhof in Erfenbach zu entsorgen. Um die zusätzlichen Kosten für die verlängerten Annahmezeiten in der Daennerstraße zu kompensieren, ist der Hof nun an vier (statt bisher fünf) Tagen in der Woche geöffnet. Mittwochs und donnerstags ist geschlossen.

Auf allen Wertstoffhöfen muss weiterhin auf die bekannten Abstands- und Hygieneregeln geachtet werden. Danach ist der nötige Abstand von mindestens 1,5 Metern untereinander sowie das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes Pflicht.

Die Öffnungszeiten der  
städtischen Wertstoffhöfe:

## Wertstoffhof Erfenbach

- Montag, Freitag: 8 bis 12 Uhr und 12.30 bis 16.30 Uhr,
- Dienstag: 8 bis 12 Uhr und 12.30 bis 18.30 Uhr,
- Mittwoch, Donnerstag: geschlossen,
- Samstag: 8 bis 14 Uhr.

## Wertstoffhof Daennerstraße 17

- Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag: 8 bis 12.30 Uhr und 13 bis 16.30 Uhr,
- Mittwoch: 8 bis 12.30 Uhr und 13 bis 18.30 Uhr,
- Samstag: 8 bis 14 Uhr.

## Wertstoffhof Pfaffstraße 3

- Montag, Dienstag, Mittwoch, Freitag: 8 bis 16 Uhr,
- Donnerstag: 13 bis 20 Uhr,
- Samstag: 8 bis 14 Uhr. |ps

## Weitere Informationen:

Unter [www.stadtbildpflege-kl.de](http://www.stadtbildpflege-kl.de) sowie der App der Stadtbildpflege sind weitere Informationen zur Abfallentsorgung in Kaiserslautern verfügbar.

## Der neue Star im Siegelbacher Zoo

## Känguru Monja ist Mama geworden



FOTO: PS

Das Albino-Bennett-Känguru Monja aus dem Siegelbacher Zoo hat die Tage ihr Baby zum ersten Mal der Öffentlichkeit präsentiert. Der Nachwuchs

ist ebenfalls ganz weiß, was biologisch schon eine Besonderheit darstellt. Welches Geschlecht das Baby hat, ist noch nicht bekannt, denn noch kam

es noch nicht aus Mamas Beutel. Erst wenn das Geschlecht feststeht, erhält das Kleine einen Namen. Mindestens zwei weitere Kängurus erwarten

ebenfalls bald Nachwuchs. Die Tiere sind in ihrem Gehege hautnah zu beobachten und freuen sich über kleine wie auch große Besucher. |ps

## Für eine Welt ohne Atomwaffen

## Flagge der „Mayors for Peace“ am Rathaus gehisst



FOTO: PS

Bürgermeisterin Beate Kimmel hat am 8. Juli gemeinsam mit Detlev Besier, Pfarrer für Frieden und Umwelt der Evangelischen Kirche der Pfalz, vor dem Rathaus die Flagge des weltweiten Bündnisses „Mayors for Peace“ gehisst. Die Flagge symbolisiert den Einsatz des Netzwerkes für eine friedliche Welt ohne Atomwaffen. Ebenfalls mit dabei waren Vertreter der Friedensinitiative Westpfalz, der Pfälzer Initiative „Entrüstet Euch“ sowie von „Frauen wagen Frieden“.

„Drei Jahrzehnte nach dem Ende des Kalten Krieges scheinen wir von dem Wunsch nach einer Welt ohne

Atomwaffen weiter entfernt denn je. Neue Atomkräfte sind dazu gekommen, und auch die USA und Russland messen Atomwaffen wieder eine stärkere Bedeutung zu. Gegen diese Entwicklung möchten wir heute als Stadt Kaiserslautern ein Zeichen setzen“, so die Bürgermeisterin.

Mit der Aktion plädieren die „Mayors for Peace“ in diesem Jahr besonders für die Verlängerung des New-Start-Vertrages. Das von den USA und Russland unterzeichnete Abkommen trat 2011 in Kraft. Es ist die letzte noch gültige Vereinbarung zur Begrenzung von Atomwaffen. Der Ver-

trag läuft im Februar 2021 aus. Neben der Forderung nach einer Verlängerung des New-Start-Vertrages appellierten die „Mayors for Peace“ am Flaggentag an die Atomkräfte, den Atomwaffenverbotvertrag von 2017 zu unterzeichnen.

Der Flaggentag der „Mayors for Peace“ erinnert an ein Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag (das Hauptrechtssprechungsorgan der Vereinten Nationen), das am 8. Juli 1996 veröffentlicht wurde. Das Gutachten stellte fest, dass die Gefahr durch oder die Verwendung von Nuklearwaffen im

allgemeinen dem Völkerrecht widersprechen. Mittlerweile nehmen mehr als 300 Städte an der deutschlandweiten Aktion der Bürgermeister für den Frieden teil. Die Organisation „Mayors for Peace“ wurde 1982 durch den Bürgermeister von Hiroshima gegründet.

Das weltweite Netzwerk setzt sich vor allem für die Abschaffung von Atomwaffen ein, greift aber auch aktuelle Themen auf, um Wege für ein friedvolles Miteinander zu diskutieren. Mehr als 7.900 Städte gehören dem Netzwerk an, darunter mehr als 680 Städte in Deutschland. |ps

Almenweg für den  
Verkehr freigegeben

Der Almenweg ist wieder für den Verkehr freigegeben. Seit Oktober letzten Jahres wurden in zwei Bauabschnitten die etwa 340 Meter lange Straße ausgebaut. Dabei wurde die Fahrbahn grundlegend erneuert und die Gehwege gepflastert. Zudem wurden neue Parkplätze in die Pflasterfläche integriert und moderne Lichtmasten mit LED-Technik verbaut. Neun Bäume sollen noch an den dafür vorgesehenen Standorten angepflanzt werden.

Die Bauarbeiten über den gesamten Almenweg, der von der Haspelstraße und dem Gersweilerweg umrahmt wird, konnten sogar einen Monat schneller als geplant beendet werden. Das Bauvorhaben wurde durch eine gemeinsame Ausschreibung der Stadt mit den Stadtwerken Kaiserslautern realisiert. Die Baukosten belaufen sich insgesamt auf eine Summe von etwa 1,4 Millionen Euro. Im Zuge der Arbeiten wurden die Gas- und Wasserleitungen inklusive der Hausanschlüsse erneuert und die Straße ans Glasfasernetz angeschlossen. |ps

Handarbeitstreff ist  
wieder aktiv

Ab sofort treffen sich die Handarbeitsfrauen wieder im Stadtteilbüro, um fleißig zu stricken, zu häkeln und zu erzählen. Aufgrund der Coronapandemie wurden zwei kleinere Gruppen gebildet, die sich im Wochenrhythmus mit den Treffen abwechseln. Treffpunkt ist dienstags von 14 bis 16 Uhr im Stadtteilbüro. Da es momentan leider nicht möglich ist, spontan dazu zu kommen, wird um Anmeldung gebeten. Kontakt: Stadtteilbüro Grübentälchen, Friedenstraße 118, Telefon: 0631 68031690. [www.gruebentaelchen.de](http://www.gruebentaelchen.de). |ps

Keine  
Bürgersprechstunden  
in den Sommerferien

Bis Ende der Sommerferien finden keine Bürgersprechstunden mit Bürgermeisterin Beate Kimmel statt. „Bei den letzten beiden Terminen wurde das Angebot merklich weniger genutzt“, begründet die Bürgermeisterin ihre Entscheidung. Sie dankt allen Anruferinnen und Anrufern, deren Anliegen und Anregungen sie in den letzten Wochen für ihren Zuständigkeitsbereich erreicht haben. Selbstverständlich können diese weiterhin schriftlich unter der Email-Adresse [buergermeisterin@kaiserslautern.de](mailto:buergermeisterin@kaiserslautern.de) an ihr Büro gesendet werden. Abhängig von der weiteren Entwicklung der Coronapandemie denkt die Bürgermeisterin darüber nach, nach den Sommerferien eventuell wieder das ein oder andere Format ihrer bisherigen Bürgerbegegnungen aufzunehmen. |ps

Vereine dürfen wieder  
trainieren

Nach der Öffnung des Warmfreibades und der Waschmühle, stehen den Vereinen nun nach dem Ende der Badezeit ab 18 Uhr beide Bäder für Trainingszwecke zur Verfügung. Die weiteren Modalitäten sind mit den Badleitungen zu klären. Diese Regelungen gelten seit Montag, 13. Juli. |ps

## IMPRESSUM AMTSBLATT

**Herausgeber:** Stadt Kaiserslautern  
**Redaktion Pressestelle:** Matthias Thomas (V.i.S.d.P.), Charlotte Lisador, Sandra Zehle, Sandra Janik-Sawetzi, Nadin Robarge, Tel. 0631 365-2206, E-Mail: [amtsblatt@kaiserslautern.de](mailto:amtsblatt@kaiserslautern.de)  
Die Beiträge der Fraktionen und Gruppierungen des Gemeinderates stehen rechtlich in deren eigener Verantwortung.  
**Verlag:** SÜWE Vertriebs- und Dienstleistungsgesellschaft mbH & Co. KG  
**Redaktion Amtsblatt Kaiserslautern:** Stephanie Walter, Tel. 0631 90913, E-Mail: [amtsblatt-kaiserslautern@suewe.de](mailto:amtsblatt-kaiserslautern@suewe.de)  
**Druck:** Druck- und Versanddienstleistungen Südwest GmbH, 67071 Ludwigshafen  
**Verteilung:** PVG Ludwigshafen, E-Mail: [zustellinformation@suewe.de](mailto:zustellinformation@suewe.de) oder Tel. 0631 3737-260. Das AMTSBLATT KAISERSLAUTERN erscheint wöchentlich mittwochs/donnerstags außer an Feiertagen. Das AMTSBLATT KAISERSLAUTERN wird kostenlos an alle erreichbaren Haushalte in Kaiserslautern verteilt. Sofern eine Zustellung des Amtsblattes aufgrund von unvorhersehbaren Störungen nicht erfolgt sein sollte, kann das jeweils aktuelle Amtsblatt im Rathaus sowie im Bürgercenter abgeholt werden.

# AMTLICHER TEIL

## ÖFFENTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

### Bekanntmachung

Gemäß §§ 24 und 27 der Gemeindeordnung, in Verbindung mit § 16 der Hauptsatzung der Stadt Kaiserslautern, wird die vom Rat der Stadt Kaiserslautern in seiner Sitzung vom 18.05.2020 beschlossene Satzung vom 06.07.2020 hiermit öffentlich bekanntgemacht.

### Satzung über die Zahl, Größe und Beschaffenheit der Stellplätze für Kraftfahrzeuge und für Fahrradabstellplätze im Pfaff-Quartier.

#### Stellplatzsatzung Pfaff-Quartier

vom 06.07.2020

Der Stadtrat der Stadt Kaiserslautern hat am 18.05.2020 auf Grund des § 24 der Gemeindeordnung (GemO) in der Fassung vom 31.01.1994 (GVBl. Seite 153), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.12.2018 (GVBl. Seite 448) sowie des § 88 Abs. 1 Nr. 8, Abs. 3 Nrn. 2, 3 und 4 der Landesbauordnung Rheinland-Pfalz (LBauO) vom 24.11.1998 (GVBl. Seite 365), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.06.2019 (GVBl. Seite 112), folgende Satzung beschlossen:

#### § 1 Geltungsbereich

- (1) Diese Satzung gilt für den Geltungsbereich des Bebauungsplans „Königstraße - Albert-Schweitzer-Straße - Pfaffstraße“.

#### § 2 Herstellungspflicht von Stellplätzen und Fahrradabstellplätzen

- (1) Bei der Errichtung, wesentlichen Änderung oder wesentlichen Nutzungsänderung baulicher Anlagen, bei denen ein Zu- und Abgangsverkehr mittels Kraftfahrzeug oder Fahrrad zu erwarten ist, sind nach § 47 Abs. 1 LBauO RLP Stellplätze für Kraftfahrzeuge (notwendige Stellplätze) sowie Abstellplätze für Fahrräder (notwendige Fahrradabstellplätze) in ausreichender Anzahl und Größe sowie in geeigneter Beschaffenheit herzustellen.
- (2) Stellplätze sind Flächen, die dem Abstellen von Kraftfahrzeugen außerhalb der öffentlichen Verkehrsfläche dienen. Garagen sind ganz oder teilweise umschlossene Räume zum Abstellen von Kraftfahrzeugen. Fahrradabstellplätze sind Flächen, die dem Abstellen von Fahrrädern außerhalb der öffentlichen Verkehrsfläche dienen.
- (3) Stellplätze und Fahrradabstellplätze sind auf dem Baugrundstück herzustellen und dauerhaft zu unterhalten. Im Einzelfall können, mit der Zustimmung der Gemeinde, Stellplätze und Fahrradabstellplätze auch ganz oder teilweise auf einem geeigneten Grundstück, dessen Benutzung für diesen Zweck öffentlich-rechtlich gesichert ist (Baulast), hergestellt werden.
- (4) Notwendige Stellplätze und Fahrradabstellplätze müssen spätestens zum Zeitpunkt der Nutzungsaufnahme bzw. Benutzbarkeit der baulichen oder sonstigen Anlagen fertiggestellt sein.
- (5) § 51 Abs. 3 LBauO RLP (Barrierefreiheit) bleibt unberührt.

#### § 3 Anzahl der notwendigen Stellplätze und Fahrradabstellplätze

- (1) Die Anzahl der notwendigen Stellplätze für Wohngebäude (Mehrfamilienhäuser) liegt bei 1 Stellplatz je Wohneinheit. Die Richtwerte der notwendigen Stellplätze finden sich in Anlage 1, Spalte A dieser Satzung.
- (2) Die Anzahl der notwendigen Stellplätze für die sonstigen Nutzungen bemisst sich nach der geltenden Genehmigungspraxis der Stadt Kaiserslautern, welche an der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Finanzen zu Zahl, Größe und Beschaffenheit der Stellplätze für Kraftfahrzeuge orientiert ist. Aufgrund der ÖPNV-Anbindung wird die Anzahl der notwendigen Stellplätze um 20 % verringert. Die Richtwerte der notwendigen Stellplätze finden sich in Anlage 1, Spalte A dieser Satzung.
- (3) Die Anzahl der notwendigen Stellplätze darf nicht überschritten werden.
- (4) Die Anzahl der notwendigen Fahrradabstellplätze bemisst sich nach den Richtwerten in Anlage 1, Spalte C dieser Satzung.

- (5) Für bauliche und sonstige Anlagen, deren Nutzungsart in Anlage 1 nicht aufgeführt ist, richtet sich die Anzahl der notwendigen Stellplätze und Fahrradabstellplätze nach dem voraussichtlichen tatsächlichen Bedarf. Dabei sind die in Anlage 1 für vergleichbare Nutzungen festgesetzten Zahlen als Orientierungswerte heranzuziehen.

- (6) Bei Anlagen mit verschiedenartigen Nutzungen bemisst sich die Anzahl der notwendigen Stellplätze und Fahrradabstellplätze nach dem größten gleichzeitigen Bedarf, wenn die wechselseitige Benutzung sichergestellt ist. Eine solche wechselseitige Benutzung ist, bei öffentlich-rechtlicher Sicherung (Baulast), auch grundstücksübergreifend bei der Bestimmung der Anzahl der notwendigen Stellplätze verschiedener Vorhaben zulässig.

- (7) Steht die Gesamtzahl in einem offensichtlichen Missverhältnis zum tatsächlichen Bedarf, so kann die sich aus der Einzelfallberechnung ergebende Zahl der Stellplätze und Fahrradabstellplätze entsprechend erhöht oder gesenkt werden. Wohnnutzungen sind von dieser Regelung ausgeschlossen.

- (8) Ergeben sich bei der Ermittlung der Zahl der Stellplätze oder der Fahrradabstellplätze Nachkommastellen, ist auf ganze Zahlen kaufmännisch zu runden.

#### § 4 Einschränkung der Anzahl der notwendigen Stellplätze

- (1) Die Herstellung der notwendigen Stellplätze nach § 3 dieser Satzung wird aufgrund der Angebote zu alternativen Mobilitätsformen eingeschränkt (tatsächlich herzustellende Stellplätze). Die Richtwerte der tatsächlich herzustellenden Stellplätze finden sich in Anlage 1, Spalte B dieser Satzung.
- (2) Die Anzahl der tatsächlich herzustellenden Stellplätze für Wohngebäude (Mehrfamilienhäuser) beträgt 60 % der notwendigen Stellplätze nach § 3 Abs. 1 dieser Satzung.
- (3) Die Anzahl der tatsächlich herzustellenden Stellplätze für die sonstigen Nutzungen beträgt 75 % der notwendigen Stellplätze nach § 3 Abs. 2 dieser Satzung.
- (4) Die Regelungen der Absätze 3 bis 8 des § 3 dieser Satzung bleiben unberührt.
- (5) Die nicht herzustellenden notwendigen Stellplätze (Differenz aus der Anzahl notwendiger Stellplätze nach § 3 dieser Satzung und den tatsächlich herzustellenden Stellplätze aus Absatz 1) sind nach § 1 Abs. 1 der Satzung der Stadt Kaiserslautern über die Ablösung von Stellplatzverpflichtungen abzulösen.

#### § 5 Reduzierung der Anzahl der tatsächlich herzustellenden Stellplätze

- (1) Die Anzahl der tatsächlich herzustellenden Stellplätze kann mit Anwendung der Maßnahmen zum „Bauen für nachhaltige Mobilität“ aus Anlage 2 um bis zu 25 % reduziert werden.

- (2) Zur Reduzierung der Anzahl der tatsächlich herzustellenden Stellplätze für Wohnnutzungen ist Tabelle 1 der Anlage 2 anzuwenden. Zur Reduzierung der Anzahl der tatsächlich herzustellenden Stellplätze für sonstige Nutzungen ist Tabelle 2 der Anlage 2 anzuwenden.

- (3) Maßnahmen der Anlage 2 sind in den Bauanträgen nachzuweisen und werden somit Teil der Baugenehmigung.

#### § 6 Anforderungen an die Herstellung der Fahrradabstellplätze

- (1) Fahrradabstellplätze sind grundsätzlich auf dem Baugrundstück herzustellen und müssen folgende Grundanforderungen erfüllen:

1. Von der öffentlichen Verkehrsfläche aus ebenerdig oder über Rampen oder Außentritten mit Rampen leicht und verkehrssicher erreichbar sein,
2. ausreichend beleuchtet, einzeln leicht zugänglich und witterungsgeschützt sein,
3. für Besucher frei zugänglich und möglichst witterungsgeschützt sein,
4. einen sicheren Stand und die Sicherung gegen Diebstahl ermöglichen,
5. eine Fläche von mindestens 1,5 m² pro Fahrrad zuzüglich der jeweils notwendigen Verkehrsfläche haben. Eine Unterschreitung dieser Fläche ist möglich, wenn durch ein Ordnungssystem eine benutzergerechte Handhabung nachgewiesen wird.

#### § 7 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Die Satzung wird hiermit ausgefertigt.

Kaiserslautern, den 06.07.2020  
Stadtverwaltung  
In Vertretung

gez. Beate Kimmel  
Bürgermeisterin

Gemäß § 24 Abs. 6 der Gemeindeordnung wird auf folgendes hingewiesen: Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes oder aufgrund dieses Gesetzes zustandegekommen sind, gelten ein Jahr nach der Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustandegekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Bestimmungen über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung, die Ausfertigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind, oder
2. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist die Aufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet oder jemand die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber der Gemeindeverwaltung unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht hat.

Hat jemand eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 2 geltend gemacht, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

### Anlagen

Anlage 1 – Richtwerttabelle zur Anzahl der Stellplätze und Fahrradabstellplätze

Anlage 2 – Reduzierungstabellen zum „Bauen für Nachhaltige Mobilität“

Anlage 1 Richtwerttabelle zur Anzahl der Stellplätze und Fahrradabstellplätze

Nr.	Bauvorhaben	Spalte A Notwendige Pkw-Stellplätze (§ 3 Abs. 1 und 2)	Spalte B Tatsächlich herzustellende Pkw-Stellplätze (§ 4 Abs. 2 und 3)	Spalte C Notwendige Fahrradabstellplätze (§ 3 Abs. 4)	Spalte D Besucheranteil Fahrradabstellplätze
<b>1: Wohngebäude</b>					
1.1	Einfamilienhäuser	-	-	-	-
1.2	Mehrfamilienhäuser (> 3 WE)	1 St. / WE	0,6 St. / WE	2 St. / WE	20%
1.3	Gebäude mit Altenwohnungen	0,2 St. / WE	0,12 St. / WE	1 St. / 5 WE	25%
1.4	Wochenend- und Ferienhäuser	1 St. / WE	1 St. / WE	-	-
1.5	Kinder- und Jugendwohnheime	1 St. / 15 Betten	1 St. / 25 Betten	1 St. / Bett	20%
1.6	Wohnheime für Studierende	1 St. / 2,5 Betten	1 St. / 4 Betten	1 St. / Bett	20%
1.7	Schwesternwohnheime	1 St. / 4 Betten	1 St. / 7 Betten	1 St. / Bett	20%
1.8	Arbeiterwohnheime	1 St. / 3 Betten	1 St. / 5 Betten	1 St. / Bett	20%
1.9	Altenwohnheime, Altenheime	1 St. / 11,5 Betten	1 St. / 19 Betten	1 St. / 5 Betten	75%
<b>2: Gebäude mit Büro-, Verwaltungs- und Praxisräumen</b>					
2.1	Büro- und Verwaltungsräume allgemein	1 St. / 44 m² NF	1 St. / 58 m² NF	1 St. / 60m² NF	50%
2.2	Büro- und Verwaltungsräume mit erheblichen Besucherverkehr (z.B. Arztpraxen)	1 St. / 31 m² NF	1 St. / 42 m² NF	1 St. / 45m² NF	75%
<b>3: Verkaufsstätten</b>					
3.1	Läden, Geschäftshäuser ( $\leq 700$ m² Verkaufsfläche)	1 St. / 44 m² VK	1 St. / 58 m² VK	1 St. / 60m² VK	75%
3.2	Geschäftshäuser mit geringem Besucherverkehr	1 St. / 62 m² VK	1 St. / 83 m² VK	1 St. / 90m² VK	20%
3.3	Läden, Geschäftshäuser ( $> 700$ m² Verkaufsfläche)	1 St. / 19 m² VK	1 St. / 25 m² VK	1 St. / 90m² VK	90%
<b>4: Versammlungsstätten</b>					
4.1	Versammlungsstätten von überörtlicher Bedeutung	1 St. / 6 Sitze	1 St. / 8 Sitze	1 St. / 30 Sitze	90%
4.2	Sonstige Versammlungsstätten	1 St. / 9 Sitze	1 St. / 12 Sitze	1 St. / 15 Sitze	90%
4.3	Gemeinderäte	1 St. / 31 Sitze	1 St. / 42 Sitze	1 St. / 15 Sitze	90%
<b>5: Sportstätten</b>					
5.1	Sportplätze ohne Besucherplätze	1 St. / 313 m² Sportfläche	1 St. / 417 m² Sportfläche	1 St. / 300m²	-
5.2	Sportplätze-Stadien mit Besucherplätzen	+ 1 St. / 16 Besucher	+ 1 St. / 21 Besucher	1 St. / 30 Besucherplätze	90%
5.3	Sporthallen ohne Besucherplätze	1 St. / 62 m² Hallenfläche	1 St. / 83 m² Hallenfläche	1 St. / 60m² Hallenfläche	-
5.4	Sporthallen mit Besucherplätzen	+ 1 St. / 16 Besucher	+ 1 St. / 21 Besucher	1 St. / 30 Besucherplätze	90%
5.5	Freibäder	1 St. / 313 m² GF	1 St. / 417 m² GF	1 St. / 150m² GF	90%
5.6	Hallenbäder	1 St. / 9 Kleiderablagen	1 St. / 12 Kleiderablagen	1 St. / 12 Kleiderablagen	90%
5.7	Tennisplätze	3 St. / Spielfeld	2 St. / Spielfeld	2 St. / Spielfeld	90%
5.8	Mischsportplätze	5 St. / Anlage	4 St. / Anlage	8 St. / Anlage	90%
5.9	Kegel- und Bowlingbahnen	3 St. / Bahn	2 St. / Bahn	2 St. / Bahn	90%
5.10	Fitness- und Sportstudios	1 St. / 5 Kleiderablagen	1 St. / 7 Kleiderablagen	1 St. / 6 Kleiderablagen	90%
<b>6: Gaststätten und Beherbergungsbetriebe</b>					
6.1	Gaststätten, Freizeitzentren	1 St. / 11 m² HNF	1 St. / 15 m² HNF	1 St. / 15m² HNF	90%
6.2	Tanzlokale, Diskotheken	1 St. / 8 m² HNF	1 St. / 10 m² HNF	1 St. / 15m² HNF	90%
6.3	Hotels, Pensionen und andere Beherbergungsbetriebe	1 St. / 5 Betten	1 St. / 7 Betten	1 St. / 18 Betten	90%
6.4	Jugendherbergen	1 St. / 13 Betten	1 St. / 17 Betten	1 St. / 6 Betten	90%
<b>7: Krankenhäuser und Altenpflegeheime</b>					
7.1	Krankenhäuser und Altenpflegeheime	1 St. / 7 Betten	1 St. / 9 Betten	1 St. / 18 Betten	20%

<b>8: Schulen und andere Bildungseinrichtungen</b>					
8.1	Grundschulen	1 St. / 38 Schüler	1 St. / 50 Schüler	1 St. / 8 Schüler	95%
8.2	Allgemeinbildende Schulen	1 St. / 31 Schüler	1 St. / 42 Schüler	1 St. / 5 Schüler	95%
8.3	Berufsschulen, Berufsfachschulen, Sonderschulen	1 St. / 9 Schüler	1 St. / 12 Schüler	1 St. / 10 Schüler	95%
8.4	Fachhochschulen, Hochschulen	1 St. / 5 Studiengänge	1 St. / 7 Studiengänge	1 St. / 3 Studiengänge	95%
8.5	Kindergärten, Tagesstätten	1 St. / 31 Kinder	1 St. / 42 Kinder	1 St. / 9 Kinder	95%
<b>9: Gewerbliche Anlagen</b>					
9.1	Handwerks-, Gewerbe- und Industriebetriebe, Arbeitsstätten	1 St. / 75 m² NF	1 St. / 100 m² NF	1 St. / 6 Beschäftigte	10%
9.2	Lagerplätze, Ausstellungsräume	1 St. / 113 m² NF	1 St. / 150 m² NF	-	-
<b>10: Sonstiges</b>					
10.1	Kleingartenanlagen	1 St. / 4 Kleingärten	1 St. / 5 Kleingärten	1 St. / 3 Kleingärten	90%
10.2	Friedhöfe	1 St. / 2.500 m² GF	1 St. / 3.330 m² GF	1 St. / 1.200m² GF	90%

St.: Stellplatz  
WE: Wohneinheit  
NF: Nutzfläche  
HNF: Hauptnutzfläche (Gastraum)  
VK: Verkaufsstelle  
GF: Grundstücksfläche

### Anlage 2 – Reduzierungstabellen zum Bauen für nachhaltige Mobilität

Vorbemerkungen

Die Anlage verfolgt das Ziel der Schaffung von Anreizen für Bauherr/innen zur Investition in Infrastruktur, welche Umwelt- und gesundheitsförderndes Mobilitätsverhalten unterstützt, bei gleichzeitiger Reduzierung der privaten Pkw-Stellplätze. Erfüllt die Bauherrin/der Bauherr eine oder mehrere der aufgelisteten Maßnahmen der Reduzierungstabellen (vgl. Tabellen 1 und 2), ermöglicht dies eine Reduzierung der Anzahl der tatsächlich herzustellenden Stellplätze nach § 4 der Stellplatzsatzung i.V.m. der Richtwerttabelle (Anlage 1, Spalte B). Die maximale Reduzierung von 25 % kann erreicht werden, indem die prozentualen Reduzierungen in Spalte 1, durch die Realisierung mehrerer Maßnahmen summiert werden. Die Maßnahmen müssen im Bauantrag nachgewiesen werden.

Grundlage der Reduzierungen sind die Kosten der einzelnen Maßnahmen. Die Reduzierungsraten sind so gewählt, dass die Bauherrin/der Bauherr durch die ausgelöste Stellplatzreduzierung, trotz Investition in die Maßnahme, in Summe Geld einspart. Daher besitzen kostenintensive Maßnahmen höhere Reduzierungsraten als kostengünstigere Maßnahmen. Somit besteht ein finanzieller Anreiz in die Infrastruktur zu investieren.

Die Maßnahmen können in 3 Hauptbereiche gegliedert werden:

1. Anzahl der Fahrradstellplätze
2. Qualitative Anforderungen an Fahrradstellplätze
3. Anzahl der Lademöglichkeiten für Elektromobilität

Tabelle 1 Wohnnutzungen	
Prozentuale Reduzierung	Beschreibung
<b>1. Anzahl der Fahrradstellplätze</b>	
0 %	Fahrradstellplatzschlüssel entspricht dem geforderten Mindestschlüssel für Pfaff-Areal (2 Fahrradabstellplätze je WE)
7 %	Herstellung von 3 Fahrradstellplätzen je WE
<b>2. Qualitative Anforderungen an Fahrradstellplätze (Mehrfachnennung möglich)</b>	
2 %	Lademöglichkeiten für Elektro-Zweiräder sind für min. 10% der Fahrradstellplätze vorhanden.
2 %	Es ist für Radfahrer/innen am oder im Gebäude eine wettergeschützte, gut ausgeleuchtete und mit dem Fahrrad gut erreichbare Fläche oder Raum einschließlich Servicestation mit grundlegender Reparaturausstattung (Luftpumpe, Werkzeug, Radhalter) für kurzfristig notwendige Wartungsarbeiten vorhanden.
4 %	Maßnahmen zum Diebstahlschutz sind in ausreichender Zahl getroffen: Für min. 10% der Fahrradabstellplätze sind entweder im Gebäude integrierte Lösungen oder bei Außenabstellanlagen abschließbare Fahrradboxen vorhanden.
<b>3. Ladeinfrastruktur Pkw</b>	
6 %	Lademöglichkeiten für Elektro-Pkw sind für min. 10 % der Pkw-Stellplätze vorhanden. 90% der übrigen Pkw-Stellplätze verfügen über eine Vorverkabelung zur nachträglichen Installation.
8 %	Lademöglichkeiten für Elektro-Pkw sind für min. 20 % der Pkw-Stellplätze vorhanden. 80% der übrigen Pkw-Stellplätze verfügen über eine Vorverkabelung zur nachträglichen Installation.
10 %	Lademöglichkeiten für Elektro-Pkw sind für min. 30 % der Pkw-Stellplätze vorhanden. 70% der übrigen Pkw-Stellplätze verfügen über eine Vorverkabelung zur nachträglichen Installation.

Tabelle 2 Sonstige Nutzungen	
Prozentuale Reduzierung	Beschreibung
<b>1. Anzahl der Fahrradstellplätze</b>	
0 %	Fahrradstellplatzschlüssel entspricht dem geforderten Mindestschlüssel für Pfaff-Areal (Beispiel: Büro & Dienstleistung 1 Fahrradabstellplatz je 60m² NF)
2 %	Fahrradstellplatzschlüssel um den Faktor 1,2 erhöht (Beispiel: Büro & Dienstleistung 1 Fahrradabstellplatz je 50m²NF)
4 %	Fahrradstellplatzschlüssel um den Faktor 1,5 erhöht (Beispiel: Büro & Dienstleistung 1 Fahrradabstellplatz je 40m²NF)
8 %	Fahrradstellplatzschlüssel um den Faktor 2 erhöht (Beispiel: Büro & Dienstleistung 1 Fahrradabstellplatz je 30m²NF)
<b>2. Qualitative Anforderungen an Fahrradstellplätze (Mehrfachnennung möglich)</b>	
2 %	Maßnahmen zum Diebstahlschutz sind in ausreichender Zahl getroffen: Für min. 10% der Fahrradabstellplätze sind entweder im Gebäude integrierte Lösungen oder bei Außenabstellanlagen abschließbare Fahrradboxen vorhanden.
3 %	Lademöglichkeiten für Elektro-Zweiräder sind für min. 20% der Fahrradstellplätze vorhanden.
4 %	Es ist für Radfahrer/innen am oder im Gebäude eine wettergeschützte, gut ausgeleuchtete und mit dem Fahrrad gut erreichbare Fläche oder Raum einschließlich Servicestation mit grundlegender Reparaturausstattung (Luftpumpe, Werkzeug, Radhalter) für kurzfristig notwendige Wartungsarbeiten vorhanden.
4 %	Es gibt Duschen und Umkleiden für die Nutzer/innen, die die Anfahrt mit dem Fahrrad zurücklegen (mind. je 1 pro Geschlecht).
Es gibt Trocknungsmöglichkeiten für die Fahrradkleidung der Nutzer/innen.	
<b>3. Ladeinfrastruktur PKW</b>	
4 %	Lademöglichkeiten für Elektro-Pkw sind für min. 10 % der Pkw-Stellplätze vorhanden. 40% der übrigen Pkw-Stellplätze verfügen über Leerrohre zur nachträglichen Installation.
6 %	Lademöglichkeiten für Elektro-Pkw sind für min. 20 % der Pkw-Stellplätze vorhanden. 30% der übrigen Pkw-Stellplätze verfügen über Leerrohre zur nachträglichen Installation.
8 %	Lademöglichkeiten für Elektro-Pkw sind für min. 30 % der Pkw-Stellplätze vorhanden. 20% der übrigen Pkw-Stellplätze verfügen über Leerrohre zur nachträglichen Installation

### Bekanntmachung

Der gemäß Fluglärmsgesetz festgesetzte Lärmschutzbereich für den **militärischen Flugplatz Ramstein** ist seit dem 19. August 2016 gültig.

Die Frist für die Erstattung von Aufwendungen für bauliche Schallschutzmaßnahmen an schutzbedürftigen Einrichtungen und Wohnungen mit **Sofortanspruch** nach § 9 Fluglärmsgesetz endet am **18. August 2021**.

Eine Frist für die Geltendmachung einer Entschädigung bei Bauverboten nach § 8 Fluglärmsgesetz endet am 31. Dezember 2020.

Weitere Informationen finden Sie unter <https://lbm.rlp.de/de/themen/umwelt/fluglaerm/>

### Stellenausschreibung

### Bekanntmachung

Die UNIVERSITÄTSSTADT KAISERSLAUTERN sucht für ihr **Referat Jugend und Sport -Verwaltung der sozialpädagogischen Hilfen** - zum nächstmöglichen Zeitpunkt

eine Sachbearbeiterin bzw. einen Sachbearbeiter (m/w/d)

in Teilzeit (max. 21 Wochenstunden).

Die Bezahlung richtet sich im Beamtenbereich nach der Besoldungsgruppe A 10 LBesG und im Beschäftigtenbereich nach der Entgeltgruppe 9c TVöD.

Den kompletten Ausschreibungstext (**Ausschreibungskennziffer: 093.19.51.013a+138a**) erhalten Sie bis zum Bewerbungsschluss im Internet unter **www.kaiserslautern.de/karriere**.

**Bitte bewerben Sie sich ausschließlich online über unser Bewerbungsmanagementsystem.** Den entsprechenden Zugang dazu finden Sie ebenfalls unter dem oben genannten Link.

Dr. Klaus Weichel  
Oberbürgermeister



# AMTLICHER TEIL

## ÖFFENTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Bekanntmachung
Zwischen der
<b>Stadt Trier, vertreten durch Oberbürgermeister Wolfram Leibe, Am Augustinerhof, 54290 Trier</b>
und
<b>dem Landkreis Altenkirchen, vertreten durch Landrat Dr. Peter Enders, Parkstraße 1, 57610 Altenkirchen</b>
<b>der Stadt Andernach, vertreten durch Oberbürgermeister Achim Hütten, Läuferstraße 11, 56626 Andernach</b>
<b>der Stadt Kaiserslautern, vertreten durch Oberbürgermeister Dr. Klaus Weichel, Willy-Brandt-Platz 1, 67657 Kaiserslautern</b>
<b>der Stadt Koblenz, vertreten durch Oberbürgermeister David Langner, Gymnasialstraße 1, 56068 Koblenz</b>
<b>dem Landkreis Mayen-Koblenz, vertreten durch Landrat Dr. Alexander Saftig, Bahnhofstraße 9, 56068 Koblenz</b>
<b>der Stadt Mayen, vertreten durch Oberbürgermeister Wolfgang Treis, Rathaus Rosengasse, 56727 Mayen</b>
<b>dem Landkreis Neuwied, vertreten durch Landrat Achim Hallerbach, Wilhelm-Leuschner-Straße 9, 56564 Neuwied</b>
<b>der Stadt Neuwied, vertreten durch Oberbürgermeister Jan Einig, Engerser Landstraße 17, 56564 Neuwied</b>
<b>dem Rhein-Lahn Kreis, vertreten durch Landrat Frank Puchtler, Insel Silberau 1, 56130 Bad Ems</b>
<b>dem Landkreis Westerwald, vertreten durch Landrat Achim Schwickert, Peter-Altmeier-Platz 1, 56410 Montabaur</b>

wird folgende Zweckvereinbarung gem. § 12 KomZG geschlossen:

### Präambel

Die Kinder- und Jugendhilfe übernimmt bei der Migration und Flucht unbegleiteter minderjähriger Ausländer (umA), die in Deutschland ankommen, eine hohe Verantwortung. Mit der durch den Bundes- und den Landesgesetzgeber inzwischen ermöglichten Bildung sogenannter Schwerpunktjugendämter ist die Erwartung verbunden, die Kompetenzen für die Betreuung dieses Personenkreises zu stärken und zu bündeln. Diese Kooperationsvereinbarung beschreibt die Aufgaben des Stadtjugendamts Trier in der Funktion des Schwerpunktjugendamtes sowie die Aufgaben der beteiligten Jugendämter und trifft konkrete Regelungen zur Zusammenarbeit.

### § 1

#### Gegenstand, Zielsetzung der Vereinbarung

- Gegenstand der Vereinbarung ist die Einrichtung einer gemeinsamen Stelle der o.g. Jugendämter im Sinne der Landesverordnung zur Verteilung von unbegleiteten ausländischen Kindern und Jugendlichen zur Umsetzung der Regelungen des Gesetzes zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher vom 1.11.2015. Bei der Vereinbarung handelt es sich um eine Zweckvereinbarung im Sinne des § 12 Abs. 1 Satz 1 KomZG
- Das Stadtjugendamt Trier wird mit Inkrafttreten dieser Vereinbarung die Aufgaben eines Schwerpunktjugendamtes für die beteiligten regionalen Jugendämter übernehmen. Die Vereinbarung ist die Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen dem Schwerpunktjugendamt Trier und den o.g. beteiligten Jugendämtern. Sie trifft insbesondere Regelungen zur Kommunikation und Kooperation im Einzelfall sowie zu den Aufgaben, Zielen und dem Umgang mit möglichen Konfliktfeldern. Das Stadtjugendamt Trier und die beteiligten Jugendämter verstehen sich als Verantwortungsgemeinschaft, um die Betreuung und Versorgung unbegleiteter minderjähriger Ausländer sicherzustellen. Sie arbeiten während der Phasen der vorläufigen Inobhutnahme nach § 42a SGB VIII, der Inobhutnahme nach § 42 SGB VIII sowie im Übergang zu den Anschlusshilfen des SGB VIII in enger Abstimmung zusammen.

### § 2

#### Aufgabenbeschreibung

- Das Stadtjugendamt Trier in seiner Funktion als Schwerpunktjugendamt ist für die pädagogischen Maßnahmen sowie die verwaltungs-, sorgerechtlichen und organisatorischen Abläufe zuständig, die zwischen der Entscheidung über die vorläufige Inobhutnahme nach § 42a SGB VIII und der Entscheidung über die Gewährung von Hilfen nach dem SGB VIII umgesetzt werden (Clearingverfahren). Die Funktion als Schwerpunktjugendamt bezieht sich ausschließlich auf den örtlichen Zuständigkeitsbereich des Schwerpunktjugendamtes und der regionalen Jugendämter. Die vorläufige Inobhutnahme erfolgt unmittelbar nach Feststellung der unbegleiteten Einreise im Benehmen zwischen den regionalen Jugendämtern und dem Schwerpunktjugendamt. Das Schwerpunktjugendamt stellt die Organisation der Fallübergabe und des Transfers des Jugendlichen in die Inobhutnahme Einrichtung am Einreisetag, spätestens jedoch innerhalb der beiden Folgetage sicher.
- Für die o.g. Maßnahmen und die in Abs. 3 und 4 benannten Aufgaben während der vorläufigen Inobhutnahme und der Inobhutnahme (sog. Clearingphase) kommen geeignete Einrichtungen und Personen in Frage. Die Inobhutnahme kann sowohl in auf die Aufnahme von umA spezialisierten Inobhutnahme Einrichtungen und -gruppen als auch in anderen geeigneten Gruppen bzw. bei geeigneten Personen erfolgen. Die regionalen Jugendämter wirken darauf hin, dass in ihrem eigenen Zuständigkeitsbereich adäquate Anschlussmaßnahmen gem. §§27 ff. SGB VIII zur Verfügung stehen. Im Falle stationärer Anschlussmaßnahmen sind mit den Einrichtungsträgern Leistungs- und Entgeltvereinbarungen nach den §§ 78a ff. SGB VIII abzuschließen. Das Schwerpunktjugendamt wirkt im Dialog mit den kooperierenden freien Trägern auf der Grundlage der Bedarfszahlen der Servicestelle umF Rheinland-Pfalz darauf hin, dass für den gesamten Zuständigkeitsbereich der an dieser Kooperationsvereinbarung beteiligten Jugendämter genügend Inobhutnahme Plätze für umA zur Verfügung stehen, die sich nur ausnahmsweise nicht im Stadtgebiet Trier befinden sollen.
- Die Aufgaben des Schwerpunktjugendamtes im Rahmen der vorläufigen Inobhutnahme nach § 42a SGB VIII sind insbesondere:

- die Inaugenscheinnahme zur Altersfeststellung und die Festsetzung des Alters; Grundlage sind die Empfehlungen der BAG der Landesjugendämter und die Handlungsempfehlungen des Landes Rheinland-Pfalz in den jeweils gültigen Fassungen;
- die geeignete Unterbringung in einer Einrichtung oder bei Personen auf Grundlage der Bestimmungen des SGB VIII; der Ort der Unterbringung soll sich in der Zuständigkeitsregion des Schwerpunkt Jugendamtes befinden;
- der Gesundheitscheck und die Sicherung der medizinischen Versorgung;
- die Prüfung, ob Gründe für einen Verteilungsausschluss gem. § 42a Abs. 2 vorliegen;
- die Meldung an die zentrale Landesstelle gem. § 42a Abs. 4 Satz 1 SGB VIII und § 2 Abs. 1 der Landesverordnung zur Verteilung von unbegleiteten ausländischen Kindern und Jugendlichen.

Die vorläufige Inobhutnahme endet spätestens mit der Zuweisungs- und Verteilungsverfügung durch das Landesjugendamt. Die regionalen Jugendämter erkennen die von dem Schwerpunktjugendamt getroffene Altersfeststellung des Kindes bzw. Jugendlichen als verbindlich an, soweit sich nachträglich keine konkreten Hinweise für ein abweichendes Lebensalter ergeben. In diesen Fällen soll das Schwerpunkt Jugendamt beratend hinzugezogen werden.

- Die Aufgaben des Schwerpunktjugendamtes im Rahmen der Inobhutnahme nach § 42 SGB VIII sind insbesondere:

- die Übernahme der in § 42 Abs. 2 SGB VIII genannten Aufgaben und die Beantragung der Bestellung eines Vormundes beim zuständigen Familiengericht;
- die Prüfung der Zusammenführung wegen familiärer oder sozialer Bezüge;
- die Begleitung des jungen Menschen bei der Klärung ausländer- und asylverfahrensrechtlicher Angelegenheiten, insbesondere während des formalen Asylverfahrens und die Kooperation mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Trier sowie den zuständigen Ausländerbehörden;
- die Klärung schul- und ausbildungsbezogener Fragen;
- die Bereitstellung von Angeboten zur Vermittlung einer ersten Orientierung in der Gesellschaft;
- die Bereitstellung von Angeboten zur Vermittlung erster Sprachkenntnisse;
- die Sozialanamnese (u.a. Familienstand und Herkunft, Klärung von Fluchtgründen und -wegen, besonderen Lebensereignissen, den bisherigen wirtschaftlichen und sozialen Lebensverhältnissen, die Prüfung von Rückkehroptionen);
- die Klärung des Hilfebedarfs (ergänzend durch Beobachtungen im pädagogischen Alltag der Einrichtungen) und eine schriftliche Empfehlung für geeignete Anschlusshilfen und deren Leistungsmerkmale;
- die Dokumentation der zentralen Erkenntnisse während der Inobhutnahme in Form eines aussagekräftigen Berichts;
- die frühzeitige Information über zentrale Erkenntnisse und Anbahnung der Fallübergabe an das Zuweisungsjugendamt;
- die Fallübergabe an das Zuweisungsjugendamt;
- in Abstimmung mit dem zuständigen Jugendamt die grundsätzliche Sicherstellung der Begleitung des jungen Menschen zum Zuweisungsjugendamt, bzw. zu einer vom Zuweisungsjugendamt benannten Einrichtung/geeigneten Person, sofern diese sich im örtlichen Zuständigkeitsbereich der regionalen Jugendämter befindet. Befindet sich der (Wohn-)Sitz der Einrichtung/ Person außerhalb des Zuständigkeitsbereichs der regionalen Jugendämter erfolgt die Übergabe an das Zuweisungsjugendamt.

- Die Phase der Inobhutnahme nach § 42 SGB VIII endet mit der Entscheidung über Hilfen nach dem Sozialgesetzbuch, bzw. der Übergabe an die Personensorge- oder Erziehungsberechtigten auf der Grundlage der Ergebnisse des Clearings. Die Ergebnisse des Clearings sollen dem Zuweisungsjugendamt spätestens nach 8 Wochen vorliegen. Über die Anschlusshilfe entscheidet das Zuweisungsjugendamt im Rahmen der Hilfeplanung. Das Schwerpunktjugendamt wirkt darauf hin, dass die mit dem Clearing beauftragten Einrichtungen eine Übergangsphase für die Organisation der Anschlusshilfen durch das Zuweisungsjugendamt einräumen. Eine Übergabe aus den Inobhutnahme Einrichtungen in Anschlusshilfen soll spätestens nach 12 Wochen erfolgen.

- Die örtliche Zuständigkeit der Vormundschaft nach der Clearingphase richtet sich grundsätzlich nach der Zuweisungsentscheidung des Landesjugendamtes.

- Die Zuständigkeit der regionalen Jugendämter im Anschluss an die Inobhutnahme ergibt sich aus der Zuweisungsentscheidung des Landesjugendamtes.

- Die Aufgaben der regionalen Jugendämter sind insbesondere:

- die vorläufige Inobhutnahme im Benehmen mit dem Schwerpunktjugendamt;
- die Gewährung von Leistungen der Jugendhilfe im Anschluss an die Inobhutnahme im Rahmen der sachlichen und örtlichen Zuständigkeit;
- die zeitnahe Einleitung eines Hilfeplanverfahrens für die sich anschließenden weiteren Hilfen unter Einbeziehung der im Clearingprozess vom Schwerpunktjugendamt getroffenen Feststellungen zur Situation des Minderjährigen im Benehmen mit den Beteiligten;
- die Übernahme der Vormundschaften, soweit kein weiterer geeigneter Vormund zur Verfügung steht;
- die rechtzeitige Information an das Schwerpunktjugendamt über erfolgte Zuweisungen durch das Landesjugendamt bei länderübergreifenden Verteilungen.

### § 3

#### Kooperation und Kommunikation

- Das Schwerpunktjugendamt und die beteiligten Jugendämter benennen jeweils eine Ansprechperson und mindestens eine Abwesenheitsvertretung aus den Bereichen Allgemeiner Sozialer Dienst (Inobhutnahmen) und bestellte Vormundschaften zur Regelung von Grundsatzangelegenheiten und zur Klärung von Fragen im Einzelfall.
- Die Vereinbarungspartner sind verpflichtet, im Konfliktfall auf der Leitungsebene auf eine einvernehmliche Regelung hinzuwirken.

- Das Schwerpunktjugendamt und die beteiligten Jugendämter stimmen sich bei der Planung von bedarfsgerechten Angeboten für die (vorläufige) Inobhutnahme und die Anschlusshilfen im Zuständigkeitsbereich der regionalen Jugendämter ab.

- Die Zuständigkeitsregelungen der §§ 78a ff SGB VIII zum Abschluss von Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsentwicklungsvereinbarungen bleiben unberührt.

- Das Schwerpunktjugendamt lädt die beteiligten Jugendämter und das Landesjugendamt nach Bedarf, jedoch mindestens einmal pro Halbjahr, zusätzlich einmal jährlich auch die freien Träger der Region, zu Kooperationsgesprächen ein. Ziel der Gespräche ist die gemeinsame Reflexion der Umsetzung des Schwerpunktjugendamtsmodells, die Identifikation und Bearbeitung von Problemen in Einzelfällen, bzw. struktureller Herausforderungen, die fachliche/fachpolitische Weiterentwicklung der Kooperation sowie der auf die Weiterentwicklung der Anschlusshilfen zielende Austausch über jeweils aktuelle Bedarfslagen.

- Das Schwerpunktjugendamt verpflichtet sich im Rahmen seiner aus dieser Vereinbarung resultierenden Obliegenheiten zur Klärung von Grundsatz- und Rechtsfragen mit der Landesregierung und deren Verwaltungseinheiten, z.B. dem Landesjugendamt. Dies gilt auch für Fragen auf der Ebene der Zusammenarbeit mit anderen Schwerpunktjugendämtern. Über diese Grundsatzangelegenheiten informiert das Schwerpunktjugendamt die regionalen Jugendämter, sofern nicht vorher erforderlich, in den unter Absatz 5 genannten Zusammenkünften.

- Bei deutlich vom Durchschnitt der monatlichen Zugangszahlen des Jahres 2017 nach oben abweichenden Neuaufnahmen, die trotz Ausschöpfung aller gegebenen Möglichkeiten der Unterbringung durch die Stadt Trier zu Versorgungsengpässen führen, unterstützen die beteiligten Jugendämter das Schwerpunktjugendamt entweder durch eine frühzeitige Übernahme der Fälle aus dem Clearing oder die temporäre Erstversorgung (vorläufige Inobhutnahme, Inobhutnahme) der ankommenden unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in eigener Zuständigkeit.

### § 4

#### Finanzierung

Aus dieser Vereinbarung ergeben sich keinerlei Zahlungsverpflichtungen der regionalen Jugendämter gegenüber dem Schwerpunktjugendamt für dessen Personal- und Sachkosten. Diese werden mittels einer Fallkostenpauschale des Landes Rheinland-Pfalz gedeckt (vgl. § 6 Abs. 2).

### § 5

#### Anpassung von Regelungsinhalten

Die Vereinbarung bedarf zukünftig der Anpassung, insbesondere wenn sich Regelungsinhalte aufgrund gesetzlicher Vorgaben oder konzeptioneller Absprachen als änderungsbedürftig erweisen. Änderungen können wirksam auch durch gemeinsam unterschriebene Protokollerklärungen geregelt werden, es sei denn, es sind Bestimmungen grundlegender Art berührt.

### § 6

#### Inkrafttreten und Geltungsdauer

Die Vereinbarung wird gemäß § 12 Abs. 5 S. 2 KomZG am Tag nach der letzten öffentlichen Bekanntmachung durch die kommunalen Beteiligten wirksam. Sie gilt unbefristet, sofern Übereinkunft zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und den kommunalen Spitzenverbänden über eine auskömmliche Fallkostenpauschale für die Schwerpunktjugendämter getroffen werden kann.

### § 7

#### Kündigung

- Die Vereinbarung kann zum Ende eines Monats mit einer Frist von 3 Monaten gekündigt werden

- durch jedes beteiligte Jugendamt, wenn sich in der Zusammenarbeit gravierende Pflichtverletzungen oder Störungen zeigen, die nicht über eine Anpassung der Vereinbarung nach § 3 zu beheben sind, außerdem

- durch das Schwerpunktjugendamt, sobald dieses feststellt, dass die Höhe der vom Land gezahlten Fallkostenpauschale nicht ausreichend ist, um die bei ihm entstehenden Personal- und Sachkosten angemessen zu decken und die vorangegangenen Bemühungen des Schwerpunktjugendamtes, über die kommunalen Spitzenverbände auf die kostendeckende Anpassung der Fallkostenpauschalen hinzuwirken, vergeblich waren. Die Bemühungen gelten als vergeblich, wenn eine kostendeckende Anpassung der Fallpauschale mit einer Frist von 3 Monaten nach schriftlicher Eingabe bei den kommunalen Spitzenverbänden nicht erfolgte.

- Eine ordentliche Kündigung ohne besonderen Anlass ist durch jeden Vereinbarungspartner mit einer Frist von 10 Monaten zum Monatsende möglich.

- Die Kündigung bedarf der Schriftform und ist allen übrigen Vereinbarungspartnern gegenüber zu erklären. Im Falle der Kündigung durch das Schwerpunktjugendamt nach Abs. 1 b wird diese Vereinbarung insgesamt gegenstandslos. Bei Kündigungen von beteiligten Jugendämtern bleibt die Vereinbarung mit den verbliebenen Jugendämtern bestehen.

- Eine Aufhebung der Vereinbarung im gegenseitigen Einvernehmen aller Vereinbarungspartner ist jederzeit möglich.

- Die Regelungen der §§ 54 - 62 Verwaltungsverfahrensgesetz (§ 1 Landesverwaltungsverfahrensgesetz) und des Bürgerlichen Gesetzbuches finden entsprechende Anwendungen.

### § 8

#### Schlussbestimmungen und salvatorische Klausel

- Sollten einzelne Bestimmungen der Vereinbarung unwirksam sein oder werden, so wird die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Die Vereinbarungspartner verpflichten sich, unwirksame Bestimmungen durch neue zu ersetzen, die dem in den unwirksamen Bestimmungen enthaltenen Regelungsgehalt gerecht werden. Gleiches gilt für die Ausfüllung von Regelungslücken.

- Bei Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung der Bestimmungen, bei Erkennen von Regelungslücken sowie bei Änderungsbedarf verpflichten sich die Vereinbarungspartner, unverzüglich Verhandlungen mit dem Ziel einer einvernehmlichen Lösung aufzunehmen.

- Sollte während der Laufzeit dieser Vereinbarung ein weiteres Jugendamt als beteiligtes Jugendamt die Aufnahme in diesen Kreis wünschen, so obliegt die Entscheidung über die Aufnahme dem Schwerpunktjugendamt. Die beteiligten Jugendämter sind vor einer Entscheidung zu hören.

- Jedes Jugendamt erhält eine Ausfertigung dieser Vereinbarung, ebenso Ausfertigungen über sämtliche zukünftige Änderungen bzw. Ergänzungen.

- Die Stadt Trier wird ermächtigt die erforderlichen Genehmigungen des Vertrages bei der ADD für sämtliche beteiligte Gebietskörperschaften einzuholen.

Der Stadtrat der Stadt Trier hat den erforderlichen Beschluss am 17.04.2019 gefasst.

Trier  
gez.

Wolfram Leibe, Oberbürgermeister

Der Kreistag des Landkreises Altenkirchen hat den erforderlichen Beschluss am 15.04.2019 gefasst.

Altenkirchen  
gez.

Dr. Peter Enders, Landrat

Der Stadtrat der Stadt Andernach hat den erforderlichen Beschluss am 31.10.2019 p gefasst.

Andernach  
gez.

Achim Hütten, Oberbürgermeister

Der Stadtrat der Stadt Kaiserslautern hat den erforderlichen Beschluss am 19.08.2019 gefasst.

Kaiserslautern

gez.

Dr. Klaus Weichel, Oberbürgermeister

Der Stadtrat der Stadt Koblenz hat den erforderlichen Beschluss am 29.08.2019 gefasst.

Koblenz

gez.

David Langner, Oberbürgermeister

Fortsetzung auf der nächsten Seite

AMTLICHER TEIL

ÖFFENTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Fortsetzung von Seite 3 des Amtsblattes	
Der Kreistag Landkreises Mayen-Koblenz hat den erforderlichen Beschluss am 09.09.2019 gefasst.	
Koblenz	
gez.	
Dr. Alexander Saftig, Landrat	
Der Stadtrat der Stadt Mayen hat den erforderlichen Beschluss am 26.09.2019 gefasst.	
Mayen	
gez.	
Wolfgang Treis, Oberbürgermeister	
Der Kreistag des Landkreises Neuwied hat den erforderlichen Beschluss am 18.11.2019.	
Neuwied	
gez.	
Achim Hallerbach, Landrat Der Stadtrat der Stadt Neuwied hat den erforderlichen Beschluss am 07.11.2019.	
Neuwied	
gez.	
Jan Einig, Oberbürgermeister	
Der Kreistag Landkreises Rhein-Lahn hat den erforderlichen Beschluss am 28.05.2019 gefasst.	
Bad Ems	
gez.	
Frank Puchtler, Landrat	
Der Kreistag des Landkreises Westerwald hat den erforderlichen Beschluss am 05.12.2018.	
Montabaur	
gez.	
Achim Schwickert, Landrat	
Die vorstehende Zweckvereinbarung zur Einrichtung eines Schwerpunktjugendamtes bei der Stadt Trier zwischen der Stadt Trier und den Städten Andernach, Kaiserslautern, Koblenz, Mayen, Neuwied sowie den Landkreisen Altenkirchen, Mayen-Koblenz,	

Neuwied, Rhein-Lahn und Westerwald wird hiermit gem. § 12 Abs. 2 des Landesgesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (KomZG) genehmigt.

Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion  
Az.: 17 06-2/TR/21 a

Trier, 15.06.2020  
im Auftrag  
gez.  
Christof Pause

---

**Bekanntmachung**

Öffentliche Ausschreibung

Die Entwicklung und Umsetzung eines digitalen Stadtrundgangs (AR-/VR-Technologie) durch die Innenstadt von Kaiserslautern wird öffentlich ausgeschrieben.

Ausschreibungs-Nr.: 2020/05-177  
Ausführungsfrist: Fertigstellung innerhalb von 6 Monate nach Auftragserteilung

Zentrale Vergabestelle – Telefon: 0631 3652481 / vergabestelle@kaiserslautern.de

Bereitstellung/Anforderung der Vergabeunterlagen  
Vergabeunterlagen werden nur elektronisch zur Verfügung gestellt unter:  
<https://rlp.vergabekommunal.de/Satellite/notice/CXU7YYDYB4/documents>

Öffnung der Angebote: 07.08.2020, 10:00 Uhr  
in 67657 Kaiserslautern, Rathaus Nord, Bau A, Erdgeschoss, Zimmer A016.  
Zuschlagsfrist für die Ausschreibung endet am 06.09.2020

Nähere Informationen erhalten Sie unter  
„[www.kaiserslautern.de](http://www.kaiserslautern.de)“ – Rathaus/Bürger/Politik – Ausschreibungen.

Kaiserslautern, 10.07.2020  
gez.

Beate Kimmel  
Bürgermeisterin

Stellenausschreibung	
Bekanntmachung	
Die UNIVERSITÄTSSTADT KAISERSLAUTERN sucht für das <b>Jobcenter der Stadt Kaiserslautern - Leistungsabteilung</b> - zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine	
<b>Sachbearbeiterin bzw. einen Sachbearbeiter (m/w/d)</b> in Vollzeit.	
Die Bezahlung richtet sich im Beamtenbereich nach der Besoldungsgruppe A 10 LBesG und im Beschäftigtenbereich nach der Entgeltgruppe 9 c TVöD.	
Den kompletten Ausschreibungstext ( <b>Ausschreibungskennziffer: 076.20.JC.209a</b> ) erhalten Sie bis zum Bewerbungsschluss im Internet unter <b>www.kaiserslautern.de/karriere</b> .	

**Bitte bewerben Sie sich ausschließlich online über unser Bewerbungsmanagementsystem.** Den entsprechenden Zugang dazu finden Sie ebenfalls unter dem oben genannten Link.

Dr. Klaus Weichel  
Oberbürgermeister

---

## Stellenausschreibung

---

### Bekanntmachung

Die UNIVERSITÄTSSTADT KAISERSLAUTERN sucht für das **Jobcenter der Stadt Kaiserslautern - Leistungsabteilung** - zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine

**Fachassistentin bzw. einen Fachassistenten (m/w/d)** in Vollzeit.

Die Bezahlung richtet sich im Beamtenbereich nach der Entgeltgruppe 9 a TVöD.

Den kompletten Ausschreibungstext (**Ausschreibungskennziffer: 075.20.JC.211a**) erhalten Sie bis zum Bewerbungsschluss im Internet unter **[www.kaiserslautern.de/karriere](http://www.kaiserslautern.de/karriere)**.

**Bitte bewerben Sie sich ausschließlich online über unser Bewerbungsmanagementsystem.** Den entsprechenden Zugang dazu finden Sie ebenfalls unter dem oben genannten Link.

Dr. Klaus Weichel  
Oberbürgermeister

Stellenausschreibung	
Bekanntmachung	
Die UNIVERSITÄTSSTADT KAISERSLAUTERN sucht für ihr <b>Referat Jugend und Sport - Abteilung Jugendarbeit / Jugendsozialarbeit, im Arbeitsfeld „Mobile Jugendarbeit“</b> - zum nächstmöglichen Zeitpunkt	
<b>eine Diplom-Sozialarbeiterin bzw. einen Diplom-Sozialarbeiter (m/w/d)</b> oder <b>eine Diplom- Sozialpädagogin bzw. einen Diplom-Sozialpädagogen (m/w/d)</b> oder <b>eine bzw. einen Bachelor of Arts in Sozialer Arbeit (m/w/d)</b> in Vollzeit.	
Die Bezahlung richtet sich nach Entgeltgruppe S 11b TVöD.	
Den kompletten Ausschreibungstext ( <b>Ausschreibungskennziffer: 015.20.51.633</b> ) erhalten Sie bis zum Bewerbungsschluss im Internet unter <b>www.kaiserslautern.de/karriere</b> .	
<b>Bitte bewerben Sie sich ausschließlich online über unser Bewerbungsmanagementsystem.</b> Den entsprechenden Zugang dazu finden Sie ebenfalls unter dem oben genannten Link.	
Dr. Klaus Weichel Oberbürgermeister	

NICHTAMTLICHER TEIL

Schulleiterin der Fritz-Walter-Schule verabschiedet

Cornelia Burkert-Schmitz geht in Ruhestand

Am Donnerstag, 2. Juli, wurde die Leiterin der Fritz-Walter-Schule, Förder-schulrektorin Cornelia Burkert-Schmitz, mit einer kleinen Feier in den Ruhestand verabschiedet. Der Leiter des Referates Schulen, Peter Kriete-meyer, überbrachte die Grüße der Schulträgerin und lobte die partner-schaftliche Zusammenarbeit. Auch Schulleiternsprecherin Yvonne Rubel sowie die beiden Schülersprecher Anna Zink und Jaden Carter und die Vor-sitzende des Fördervereins Edda Ot-ter fanden anerkennende und freund-schaftliche Worte für das engagierte Wirken von Burkert-Schmitz an der Fritz-Walter-Schule.

Sie leitete die Schule seit 2010. Un-

ter ihrer Leitung erhielt die Schule die Auszeichnung „Schule ohne Rassis-mus – Schule mit Courage“. In ihrer Abschiedsrede betonte die ehemalige Rektorin die Bedeutung der Förder-schule als Lern- und Lebensort, als Raum für individuelle und soziale Er-fahrungen. Sie dankte allen, die die Fritz Walter-Schule, wie sie sich heute darstellt, mitgeprägt haben. Die gute Zusammenarbeit mit der Eltern-schaft, vernetztes Arbeiten mit den Schwerpunktschulen und die enge Kooperation mit den Regelschulen im Rahmen des Förder- und Beratungs-zentrums waren neben der Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern Schwerpunkte ihres Tuns. |ps

Grillpartys feiern ohne viel Abfall

Mehrweg ist die bessere Alternative

Sommerzeit ist Grillzeit: Einwegteller, Strohhalme, Plastikbesteck und Ein-maltschdecken haben Hochkonjunktur und werden deshalb in Super-märkten oftmals günstiger als sonst angeboten. Doch aus Sicht der Stadt-bildpflege Kaiserslautern sollten Grill-fans beim Einkauf umweltfreundliche Mehrweglösungen nutzen und den Genuss im Freien möglichst abfallarm gestalten. Denn so hilfreich Einweg-kunststoffprodukte auf den ersten Blick erscheinen, sie werden aus fos-silen Rohstoffen hergestellt und Ver-müllen darüber hinaus leider allzu oft unsere Umwelt. So schätzt der Ver-band kommunaler Unternehmen (VKU), dass Plastikgegenstände rund zehn bis zwanzig Prozent des Abfalls

aus Parks, öffentlichen Plätzen und Straßen ausmachen.

Die Stadtbildpflege teilt diese Ein-schätzung. „In den letzten Jahren wur-den bei der Lautrer Kehrwoche durch-schnittlich etwa 3.000 Kilogramm achtlos weggeworfener Müll einge-sammelt. Mengenmäßig auffallend sind die vielen Wegwerfprodukte aus Plastik und Einmalverpackungen“, so Andrea Buchloh-Adler, stellvertreten-de Werkleiterin der Stadtbildpflege.

Um nun die Flut an Einwegkunsts-toffartikeln einzudämmen, hat das Bundeskabinett ein Verbot von Weg-werfprodukten beschlossen. Das be-deutet, dass ab Juli 2021 nur noch vorhandene Lagerbestände an Ein-wegprodukten aus Kunststoff wie Be-

Pünktlich zum Beginn der Schulferien hat das Jugendparlament Kaiserslau-tern in Zusammenarbeit mit dem Re-ferat Jugend sowie dem AWO Knoten-punkt Kaiserslautern am 3. und 4. Juli an der Galappmühle ein Sommer-camp in Kaiserslautern veranstaltet. Inhalte des Camps waren Workshops zur Struktur und Arbeitsweise des Ju-gendparlaments sowie der besseren Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit. Dar-über hinaus stand das Wiedersehen mit den Mitgliedern des Parlamentes im Zentrum des Sommercamps. Selbstverständlich wurden die ge-setzlichen Vorgaben des Hygiene-zentrums waren neben der Arbeit ein-gehalten. Das Sommercamp wurde unter anderem im Rahmen des Projektes

„Politisch bilden – Demokratie erfah-ren– Jugend(sozial)arbeit vernetzen“ veranstaltet und vom Ministerium für Familien, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz gefördert.

„Die Corona-Pandemie hat uns in den Aktivitäten etwas gebremst. Mit dem Sommercamp haben wir aber den Turnaround geschafft und uns strukturell wieder aufgestellt. Durch die Workshops an der Galappmühle, unter anderem geleitet von Ingo Schenk vom Institut für Professionali-tät und Qualifizierung, wollen wir in Zukunft wieder Themen und Akzente für die Jugendlichen der Stadt Kai-serslautern setzen und an bestehen-den Projekten weiterarbeiten“, kom-

mentiert die erste Vorsitzende Lena Dowidat die Workshop-Phase. Weite-re Punkte, die die Jugendlichen in der Corona-Zeit bewegen, sind der Ver-lust von Ferienjobs, Chancenung-leichheiten wie die fehlende digitale Ausstattung von Jugendlichen auf Grund fehlender finanzieller Möglich-keiten sowie eingeschränkte Freizeit-möglichkeiten. Neben den Workshops ging es auch um die Zusammenkunft, die in der Corona-Pandemie bisher zu kurz kam. So waren zwar Videokonfe-renzen möglich, aber ein gemein-schaftliches Erleben, geschweige denn Arbeiten, war nur schwer um-setzbar. So nutzte das Jugendparla-ment Kaiserslautern die beiden Tage, um sich auch mit Gleichgesinnten und

Freunden wieder zu treffen. „Das digi-tale Arbeiten und die digitalen Treffen waren für einen bestimmten Zeitraum okay. Aber es ersetzt nicht das ge-meinsame Treffen analog. So konnten wir das Sommercamp auch nutzen, um uns endlich auch mal wieder in ei-ner größeren Gruppe zu treffen, um uns über jugendliche Themen auszu-tauschen und auch mal wieder Spaß zu haben. Natürlich immer nach den gesetzlichen Vorgaben“, berichtet der stellvertretende Vorsitzende Martin Steidel über eine weitere wichtige Komponente des Treffens. |ps

Weitere Informationen:

www.kaiserslautern.de

Frischer Wind für die Stadtverwaltung

OB Klaus Weichel ernennt drei Absolventen zu Beamten auf Probe

Eine Tätigkeit im gehobenen Dienst wartet nun nach erfolgreich absolviertem Studium auf die frisch geba-ckenen Beamtinnen und Beamten De-lia Benz, Jonas Jung und Jaqueline Münch, die jüngst ihre dreijährige duale Ausbildung bei der Stadtverwal-tung Kaiserslautern sowie an der Hochschule für öffentliche Verwal-tung in Mayen abgeschlossen haben. Sie wurden nun von Oberbürgermeis-ter Klaus Weichel zu Beamten auf Pro-be ernannt.

„Zu Ihren hervorragenden Prü-fungsergebnissen beglückwünsche ich Sie sehr herzlich“, sagte das Stadtoberhaupt bei der Urkunden-übergabe im Rathaus. „Ihnen stehen jetzt alle Möglichkeiten einer moder-



Die Absolventen mit OB Weichel vor dem großen Ratssaal

FOTO: PS

nen und flexiblen Arbeitgeberin offen. Nutzen Sie sie!“, gab er den jungen Stadtspektoren mit auf den Weg. Ihre besten Glückwünsche über-

brachten auch Peter Schmitt vom Per-sonalrat, Jugendvertreter Marius Ru-dig sowie Karin Woll und Manuel Rudel vom Referat Personal. |ps

# NICHTAMTLICHER TEIL

## FRAKTIONSBEITRÄGE

### Gemeinsam für unseren Wald

SPD-Fraktion vor Ort mit Bund und Land unterwegs

#### Fraktion im Stadtrat SPD

Gemeinsam mit der Bundestagsabgeordneten Isabel Mackensen und dem Landtagsabgeordneten Andreas Rahm war die umweltpolitische Sprecherin der SPD-Stadtratsfraktion vergangene Woche zu Gast beim Kompetenzzentrum für Klimawandelfolgen an der Forschungsanstalt für Wald-ökologie und Forstwirtschaft (FAWF) in Trippstadt, um sich über den aktuellen Zustand und die Zukunftsperspektiven unseres Waldes zu informieren.

„Kaiserslautern liegt mitten im Wald. Er prägt unser Stadtbild, sorgt für sauberes Trinkwasser, ist Lebensraum für eine Vielfalt an Pflanzen- und Tierarten, ist Naherholungsgebiet sowie Lieferant für den klimafreundlichen Rohstoff Holz. Aber unser Wald ist in Gefahr und leidet unter dem Klimawandel“, sagt Petra Rödler. „Nach dem Jahr 2018 hat auch das Jahr 2019 unseren Wäldern einen extremen Hitze- und Trockenstress beschert. Die infolge von Borkenkäferbefall absterbenden Fichtenwälder nehmen die Landschaft verändernde Dimensionen an. Noch besorgniserregender ist das im Jahr 2019 erstmals aufgetretene flächige Absterben von bisher als „klimastabil“ erachteten Baumarten wie Kiefer und Buche, auf extrem trockenen Standorten auch der Eiche. Bäume, die das Rück-



**Vor-Ort-Termin in Sachen Wald: Andreas Rahm, Isabel Mackensen, Petra Rödler, Dr. Ulrich Matthes und Hans-Peter Erhard (v.l.)**

FOTO: MIA

grat unserer Wälder bilden“, erläutert Hans-Peter Ehrhart, Leiter der FAWF, den aktuellen Waldzustand.

„Die Klimaveränderungen sind spür- und messbar. Der Klimawandel hat Auswirkungen auf einzelne Sektoren wie Natur und Landschaft, Ökonomie und Gesundheit. In der Konsequenz muss auch die Anpassung an unvermeidbare Klimaänderungen den regionalen und lokalen Besonderheiten Rechnung tragen. Dafür sind wir seit zehn Jahren vor Ort“, erläutert Leiter Dr. Ulrich Matthes Aufgaben des Kompetenzzentrums für Klimawandelfolgen, das eine eigene Forschung betreibt, die Daten und Erkenntnisse aufbereitet und notwendige Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel vorschlägt. So arbeitet man im Moment auch an einem Entscheidungsunterstützungssystem für alle Waldbesitzer, auch die privaten. „Der Wald ist klimakrank und da-

mit ist auch unsere Lebensgrundlage in Gefahr“ sagt der SPD-Fraktionsvorsitzende und umweltpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Andreas Rahm. „Etwas dagegen zu tun, ist unser aller Aufgabe: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Ein Teilaspekt ist die Bewirtschaftung. Ihn sich selbst zu überlassen, würde bedeuten, dass ein artenarmer Buchenwald entsteht. Wesentlich widerstandsfähiger ist jedoch ein artenreicher Mischwald, in dem Teile auch sich selbst überlassen werden. Unser Anteil an Naturwaldflächen ist bereits größer als auf dem Papier vereinbart.“ Die Bundesregierung erarbeitet zurzeit unter Einbeziehung von Ländern und Interessengruppen die „Waldstrategie 2050“. „Rheinland ist hier in vielen Bereichen ein gutes Vorbild, was die Naturreservate, aber auch die Waldbaumbewirtschaftung anbelangt“, erläutert Isabel Mackensen das Interesse der Bundespolitik am Forschungsstandort in der Pfalz. „Gegen den Klimawandel haben wir Strategien, die wir stringent verfolgen und einhalten müssen, aber wir müssen uns auch darum kümmern, dass unser Wald dem Klimawandel bestens angepasst wird. Ob dies „klimastabilere“ Baumarten sind oder auch ein Möbelstück aus Kiefernholz, das noch über Jahre der Atmosphäre das Kohlendioxid entzieht - wir müssen alle Aspekte betrachten, und das gemeinsam“, bedankt sich Petra Rödler für den gemeinsamen Termin vor Ort.

### Coronavirus: zu restriktive Krisenpolitik

Wir fordern die Eisbahnsaison vorzubereiten

#### Fraktion im Stadtrat CDU

Wir bedauern die Entscheidung des Oberbürgermeister Klaus Weichel (SPD) und seines Krisenstabes die diesjährige Eisbahnsaison auf der Gartenschau wegen des Coronavirus vorzeitig abzusagen und fordern dies zu überdenken.

Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Manfred Schulz zeigt wenig Verständnis: „Wir haben in Kaiserslautern kaum noch Neuinfektionen. Die Fieberambulanz hat sogar mangels Nachfrage geschlossen. Da habe ich kein Verständnis, dass jetzt schon Anfang Juli wegen der vagen Angst vor einer möglichen zweiten Welle beschlossen wird, die Eisbahnsaison abzusagen. Dass zur Begründung der Absage der Wiederanstieg der Zahlen in fernen Ländern wie China oder Israel herhalten muss, ist bezeichnend für die viel zu restriktive Corona-Politik Weichels.“ Schulz weist auf die Vereinbarung von Bund und Ländern, dass erst ab 50 Neuinfektionen pro Woche je 100.000 Einwohner auf regional begrenzter Ebene wieder schärfere Einschränkungen getroffen werden sollen. Er fordert daher in diesem Rahmen die von der Landesregierung zugelassenen Möglichkeiten auch auszunutzen: „Es kann nicht sein, dass ein vom Oberbürgermeister eingesetzter, demokratisch nicht legitimierter Krisen-



**Manfred Schulz**

FOTO: CDU

stabs Lockerungsmöglichkeiten, die die Landesregierung den Kommunen gibt, eigenmächtig aushebelt und Ermessensspielräume stets restriktiv auslegt. Überdies finde ich es sehr bedauerlich, dass Alternativstandorte für die Eisbahn im Freien aus wirtschaftlichen Gründen noch nicht einmal ernsthaft geprüft wurden. Das legt nahe, dass es bei dieser Entscheidung auch um den Versuch einer Kostenersparnis zu Lasten der Lebensqualität unserer Bürger geht. Zudem finde ich den gewählten Zeitpunkt der Entscheidung verstörend, da es dem Stadtrat hierdurch nicht mehr möglich war, sich in der vergangenen Ratssitzung mit der Frage befassen zu können.“

Wenig nachvollziehbar finden wir zudem die Entscheidung des Oberbürgermeisters, die Sporthallen in Kaiserslautern selbst für die Vereine geschlossen zu halten, die sinnvolle Hygienekonzepte vorgelegt haben. Das Argument, die Kontrollen hinsichtlich der Einhaltung der Auflagen sei aktuell personell nicht darstellbar, weil beispielsweise Kontrollen durch das Ordnungsamt notwendig seien, ist hanebüchen. Hier setzen wir auch auf die Eigenverantwortung und die Vernunft der in den Vereinen enga-

gierten Mitglieder. Und wenn die Stadt für den Mehraufwand im Reinigungsbereich nicht über genügend Reinigungskräfte verfügt, hätte sie auf die Dienstleistung einer Gebäudereinigungsfirma zurückgreifen können. Dass unser Antrag in der vergangenen Stadtratssitzung auf unverzügliche Öffnung der Sporthallen knapp gescheitert ist, bedauert Manfred Schulz sehr: „Unser Antrag ist letztlich am Widerstand des Oberbürgermeisters und an der SPD-Fraktion gescheitert. Die nehmen es scheinbar lieber in Kauf, dass die betroffenen Vereine unvorbereitet in die neue Saison gehen müssen, mit all den negativen Konsequenzen, die das mit sich bringt. Dies geht im Übrigen auch zu Lasten von Vereinen, die sich schon seit Jahren am Ferienprogramm der Stadt beteiligen, und nun durch diese Entscheidung befürchten müssen, dass gerade Kinder und Jugendliche ohne Trainingsbetrieb die Vereine wieder verlassen. Ich hatte leider nicht den Eindruck, dass sich die SPD der Tragweite ihrer Entscheidung wirklich bewusst ist.“

Einen Erfolg konnten wir gegen die restriktive Politik der Stadt letztlich doch noch erringen: In der Sitzung des Marktausschusses haben wir maßgeblich darauf hingewirkt, dass an der Durchführung der Oktoberkerwe festgehalten wird. Überdies wurde auf unseren Antrag hin beschlossen, den Weihnachtsmarkt bis zum Ende der Weihnachtsferien zu verlängern.

### Grüne verwundert über Krisenstab

Mächtiges Gremium ohne Legitimation

#### Fraktion im Stadtrat GRÜNE

Die Fraktion der Grünen im Stadtrat zeigt sich zunehmend besorgt über die Machtfülle des sogenannten Krisenstabs, von dem sich der Oberbürgermeister zu Corona-Zeiten bei Fragen zu öffentlichen Belangen in der Verwaltungsarbeit beraten lässt. Bislang liegen keine Informationen zur Besetzung des Gremiums vor. Es gibt keine öffentlich bekannte Eingrenzung der Zuständigkeit des Krisenstabs und keine Festlegungen zur

Dauer seines Einsatzes. Praktisch beruft sich der Stadtvorstand aber in den vielen das öffentliche Leben einschränkenden Entscheidungen ständig auf den Krisenstab – sei es bei den Absagen der Kulturveranstaltungen, Eisbahn, Sporthallen, Grillhütten oder den eingeschränkten Zugang zu den Freibädern. „Wir fordern öffentliche Tagungen des Krisenstabs“, so der Fraktionsvorsitzende Tobias Wiesemann. „Der Krisenstab greift mit seinen Entscheidungen weit in die Freiheiten der Bürger\*innen ein. Anders als in anderen Kommunen werden keine kreativen Überlegungen gemeinsam mit Vereinen, Kultur-

schaffenden und der Bürgerschaft angestellt, wie Probleme bei Nutzungen sinnvoll minimiert werden können. Es geht um öffentliche Belange, wie z.B. die Frage zur Öffnung von Grillhütten oder die Arbeit der Vereine, die die Lebensqualität der Bürger direkt betreffen und auf die situationsgemäß reagiert werden muss.“ Die Besetzung des Krisenstabs muss veröffentlicht werden. Vor allem sollten ihm Experten\*innen, wie z.B. Mediziner und Statistiker, angehören. Sie könnten sinnvolle öffentliche und transparente Empfehlungen an den Stadtvorstand oder die Bürgervertreter\*innen im Stadtrat aussprechen.

### Anfrage der AfD an die Stadtverwaltung

Zustand der Straßen und Investitionen im Straßenbau

#### Fraktion im Stadtrat AFD

Über 50 % der Landes- und Kreisstraßen sind in einem bedauerlich schlechten Zustand. Eine intakte Verkehrsinfrastruktur ist jedoch ein wichtiger Standortfaktor für Wirtschaft und die Bürger gerade in Rheinland-Pfalz. Sanierungsbedarf, Planungssicherheit und ein solides Finanzierungskonzept können nur dann aufgestellt werden, wenn der Zustand der Verkehrsinfrastruktur engmaschig erfasst wird. Dies gilt

auch für den Bedarf an neuen Straßen. Der Fraktionsvorsitzende im Stadtrat Kaiserslautern, Dirk Bisanz: „Nach 28 Jahren SPD-geführter Landesregierungen sind 50% der Landesstraßen und 54% der Kreisstraßen in einem schlechten oder sehr schlechten Zustand. Eine Anfrage unserer Landtagsfraktion zu Länge und Zustand der Gemeindestraßen in Rheinland-Pfalz konnte die Landesregierung leider nicht beantworten und lehnte die Aufforderung aus Mainz, sie aktuell zu ermitteln, sogar ab.“ Die AfD Kaiserslautern möchte diesem Zustand für unsere Stadt abhelfen und hat eine Anfrage an die Stadtver-

waltung gerichtet. Darin will sie Länge und Zustand unserer Gemeindestraßen, die Höhe der zu ihrer Instandhaltung aufgewendeten Mittel und die Höhe der finanziellen Unterstützung durch das Land RLP in Erfahrung bringen. RLP ist als Flächenland besonders auf eine intakte Infrastruktur angewiesen. Nur so können Pendler entlastet und die Wirtschaft sowie der stark anwachsende inländische Tourismus gestärkt werden. Dies gilt für die überschuldete Stadt Kaiserslautern gleich mehrfach. Ein Sparen an gut ausgebauten Straßen und somit am falschen Ende hat hier besonders negative Auswirkungen.

## WEITERE MELDUNGEN

### Befragung auf Betzenberg in Auswertung

Bürgermeisterin bedankt sich für Unterstützung

Sechs Seiten umfasst der Fragebogen, der die Grundlage zur Verbesserung der Versorgungssituation auf dem Betzenberg bildet und der im Frühjahr an die dortigen Haushalte ging. „Von insgesamt 2.200 verteilten Fragebögen erhielten wir 600 ausgefüllt zurück“, freut sich Bürgermeisterin Beate Kimmel über die zufriedene Rücklaufquote von 27,3 Prozent. In einem Schreiben an die Bürgerinnen und Bürger bedankt sie sich nun für die rege Teilnahme an der Umfrage, die das Ergebnis ihrer Stadtbegeh(ung)ung Anfang Januar im Wohngebiet war.

„Die Befragung soll deutlich machen, welche Versorgungslücken auf dem Betzenberg bestehen und was seine Bewohnerinnen und Bewohner dort für wichtig erachten“, erläutert

die Bürgermeisterin. Die über verschiedene Abgabestellen eingesammelten Fragebögen werden nun ausgewertet, was voraussichtlich bis in den Oktober hinein dauern wird, so Kimmel. „Wir hoffen, durch sie einen repräsentativen Querschnitt zu erhalten, der uns ein gezieltes Handeln zur Verbesserung der Versorgungssituation ermöglicht.“ Über die ermittelten Ergebnisse und nächsten Schritte werde sie die Bevölkerung selbstverständlich weiter informieren.

Die Bürgermeisterin bedankt sich bei allen, die sich an der Umsetzung der Befragung beteiligt haben, allen voran dem Lenkungskreis Betzenberg für die Verteilung und das Einsammeln der Fragebögen sowie der Landesregierung für die überwiegende Finanzierung der Machbarkeitsstudie

im Rahmen des Förderprogrammes M.PunktRLP. „Vor allem aber möchte ich mich bei all jenen bedanken, die an der Fragebogenaktion teilgenommen haben. Sie haben damit ein wichtiges Zeichen gesetzt, dass sie an die Zukunft des Ortsteils Betzenberg glauben und diesen auch mitgestalten möchten.“

Bei der Haushaltsbefragung zur Verbesserung der Versorgungssituation ging es nicht nur um das allgemeine Einkaufsverhalten der Bewohnerinnen und Bewohner hinsichtlich Lebensmittel, Haushalts- und Drogeartikel, sondern speziell auch um das Projekt „Ein Laden für den Betzenberg“. Nach dem Wunsch der Bürgerinnen und Bürger soll der im letzten Jahr geschlossene Treff-Markt bestmöglich ersetzt werden. |ps

### Voruntersuchungen für Kanalsanierungen

Temporäre Sperrungen in mehreren Straßen

Aus hydraulischen Gründen wird, voraussichtlich im Jahr 2021, in der Leipziger Straße ein neuer Kanal hergestellt. Hierzu finden am 27. und 28. Juli Voruntersuchungen statt. Die Leipziger Straße, im Teilbereich von Naumburger- bis Hohenecker Straße, wird für den Zeitraum der Untersuchung (8 bis 17 Uhr) voll gesperrt. Aus baulichen und hydraulischen Gründen

wird auch der Kanal in einem Teilbereich der Buchenloch- und Zollamtstraße ausgetauscht, voraussichtlich im Jahr 2021/22. Hierzu finden vom 29. Juli bis 1. August Voruntersuchungen statt. Die Zollamtstraße, im Teilbereich zwischen Pfaffenberg- und Balbierstraße, wird am 29. Juli für den Zeitraum der Untersuchung (8 bis 17 Uhr) voll gesperrt. Die Buchenloch-

straße, im Teilbereich von Zollamt- bis Walter-Flex-Straße, wird vom 30. Juli bis 1. August für den Zeitraum der Untersuchung (8 bis 17 Uhr) voll gesperrt. In beiden Fällen erfolgen die Sperrungen abschnittsweise und werden dem Untersuchungsfortschritt angepasst. Fußgängerverkehr ist hier von nicht betroffen. Die Anwohner werden zusätzlich informiert. |ps

### Stadtteilbüro wieder geöffnet

Das Stadtteilbüro Bännjerrück/Karl-Pfaff Siedlung in der Leipziger Straße 150 ist ab sofort wieder geöffnet. Besucher werden gebeten, die Hygiene- und Abstandsregeln zu beachten und Gesichtsmasken zu tragen.

Das Angebot der Tauschbox steht aktuell noch nicht zur Verfügung. Hilfe

beim Umgang mit Computer und Smartphone wird zu den Öffnungszeiten ausschließlich dienstags und freitags und nur nach telefonischer Terminvereinbarung unter Telefon: 0631 3506083 angeboten.

Montags von 10 bis 12 Uhr ist die Gemeindegewerkschaft Nicole Bei-

stein vor Ort im Stadtteilbüro.

Die ehrenamtlichen Mitarbeiter des Stadtteilbüros sind zu den folgenden Zeiten wieder für die Bürgerschaft da: Montag von 14 bis 16 Uhr, Dienstag, Mittwoch und Freitag von 10 bis 12 Uhr, Donnerstag von 10 bis 12 und von 16 bis 18 Uhr. |ps